

Streit um ein paar Tausend Franken

Vorortsgemeinden wollen nicht mehr an den Eurodistrict bezahlen

PETER DE MARCHI

Der Kanton wälzt die Kosten einfach ab, heisst es in den Gemeinden. Die Gemeinden könnten sich stärker beim Eurodistrict einbringen, sagt der Kanton.

Reinach's Gemeindepräsident Urs Hintermann klingt leicht verärgert. Sollen sie doch bezahlen, heisse es immer dann, wenn die Agglomerationsgemeinden in Verdacht geraten, von etwas profitieren zu können. «Wozu aber haben wir einen Kanton, wenn er bei regionalen Fragen nicht die Interessen seiner Gemeinden vertritt?», fragt Hintermann.

SCHLAGKRÄFTIGER. Es geht um den Trinationalen Eurodistrict Basel, Anfang Jahr aus der Taufe gehoben als Nachfolgerin der Trinationalen Agglomeration Basel (vgl. Text unten). Der Eurodistrict soll schlagkräftiger werden. Dazu braucht die Organisation mehr Geld, in erster Linie, um ein eigenes Sekretariat und Büro unterhalten zu können. Baselland müsste einen jährlichen Trägerschaftsbeitrag von 114 750 Franken bezahlen. Die Trägerschaftsbeiträge wür-

den die heutigen Vereinsbeiträge aufstocken: 200 Franken pro Mitglied und Jahr.

Regierungsrat Urs Wüthrich hat eine entsprechende Vorlage ausarbeiten lassen und vorschlagen, die Gemeinden könnten zwei Drittel dieses Betrages übernehmen, das andere Drittel würde der Kanton übernehmen. Im Gegenzug würden dann auch zwei Drittel der Baselbieter Delegation aus den Gemeinden kommen.

ABTASTEN. Mit diesem Vorschlag ging Wüthrich zu Heiner Schärler, Gemeindepräsident in Therwil und Präsident der Vorortskonferenz. Schärler solle doch mal eruiieren, wie die Gemeinden im Bezirk Arlesheim auf seinen Vorschlag reagieren.

«Die Reaktionen der Vorortsgemeinden sind nicht unter einen Hut zu bringen», sagt Schärler nach einer schriftlichen Umfrage. Er selber würde den Vorschlag Wüthrichs begrüssen. Die Gemeinden müssten 40 Rappen pro Kopf bezahlen, für Therwil würde dies rund 3700 Franken im Jahr ausmachen. «Peanuts», sagt Schärler.

Gemeindepräsidenten wie Urs Hintermann, aber auch der Allschwiler Anton Lauber wollen jedoch nicht mehr an den Eurodistrict bezahlen. Beide sind sich einig: Das Interesse an den Themen, die im Eurodistrict besprochen werden, sei in den Gemeinden gross, diese Themen aber seien überregional.

Wenn es etwa um die Frage gehe, das U-Abo über die Landesgrenze hinaus auszuweiten, dann könne ein Regierungsrat mehr Gewicht einbringen als ein Gemeinderat, sagt Lauber. «Solche Fragen muss der Kanton klären», doppelt Hintermann

nach. Und er lässt durchblicken, dass sich Reinach aus dem Eurodistrict verabschieden werde, sollte Wüthrichs Vorschlag mehrheitsfähig werden.

NUR DER KANTON. Heiner Schärler zeigt Verständnis für die Reaktion seiner beiden Kollegen in Allschwil und Reinach. Die im Eurodistrict besprochenen Themen seien tatsächlich auf «Flughöhe» Kanton. Deshalb habe er Urs Wüthrich jetzt vorgeschlagen, dass der Kanton die Kosten für die ersten drei Jahre voll übernimmt. «Dann schauen wir, wie sich die Sache entwickelt

hat und reden wieder mit den Gemeinden.»

Wüthrich kann die Reaktion aus den Gemeinden nicht ganz nachvollziehen. Der Eurodistrict sei geschaffen worden, um «im Rahmen von kommunalen Gebietskörperschaften grenzüberschreitende Fragen zu diskutieren». Die Baselbieter Gemeindevertreter könnten «auf gleicher Augenhöhe» mit ihren Kollegen aus dem Elsass und dem Südbadischen reden. «Die Regierung muss sich überlegen, wie es mit dem Engagement im Eurodistrict weitergeht.»

17 Baselbieter Gemeinden sind im Eurodistrict vertreten

300 000 EURO PRO JAHR. Der Trinationale Eurodistrict Basel ist ein Verein mit Sitz in Saint-Louis. 62 Gemeinden, Gebietskörperschaften (Kantone, Landkreise etc.) und Verbände sind bis heute Mitglied. Sie bilden die Mitgliederversammlung. Der Vorstand besteht aus je acht Vertretern aus den drei Ländern. Das dritte Organ neben Mitgliederversammlung und Vorstand ist der Distriktsrat, hervorgegangen aus der Nachbarschaftskonferenz. Er wirkt als politischer Beirat und kann Anträge und Stellungnahmen einbringen.

Für die Nordwestschweiz sind vertreten: neben den Kantonen Baselland, Basel-Stadt und Aargau 25 Gemeinden, davon 17 aus dem Baselbiet. Die Schweizer Delegation im Vorstand setzt sich zusammen aus fünf Regierungsräten und drei Gemeindevertretern. Dem Eurodistrict soll vorderhand bis 2010 ein Jahresbudget von 300 000 Euro zur Verfügung stehen. 50 Prozent davon übernehmen die drei Schweizer Kantone: je 114 750 Franken die beiden Basel und 25 550 Franken der Aargau. pdm